

## Beschluss Digitale Bildung in öffentlicher Hand für Bildungsgerechtigkeit und Souveränität

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 20.06.2026

Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
- 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich auf Landesebene für eine öffentlich getragene,  
3 gerechte und souveräne digitale Bildung in Nordrhein-Westfalen ein.
- 4 Dazu zählen insbesondere folgende Punkte:
  - 5 1. Alle Schüler\*innen und Lehrkräfte in Nordrhein-Westfalen haben Zugang zu  
6 sicheren, datenschutzgerechten und kostenfreien digitalen  
7 Bildungswerkzeugen – unabhängig von Schulform, Schulträger oder Wohnort.
  - 8 2. Die digitale Bildungsinfrastruktur der Schulen liegt in öffentlicher Hand.  
9 Das Land trägt sie gemeinsam mit anderen Bundesländern, dem Bund sowie  
10 europäischen Partner\*innen, statt isolierte Einzellösungen zu finanzieren.
  - 11 3. Der Betrieb digitaler Werkzeuge in den Schulen ist nicht auf Konzerne  
12 außerhalb des Rechtsraums der Europäischen Union angewiesen. Daten von  
13 Schüler\*innen und Lehrkräften bleiben in europäischer Hand und fließen  
14 nicht in die Geschäftsmodelle einzelner Anbieter ein.
  - 15 4. Lehrkräfte konzentrieren sich auf das Unterrichten. Beschaffung, Wartung  
16 und Support digitaler Werkzeuge übernimmt die öffentliche Hand zentral –  
17 etwa über eine Landesstelle, die Schulen einheitlich versorgt.
  - 18 5. Lehrkräfte erhalten praxisnahe Fortbildungen, die sie befähigen, digitale  
19 Werkzeuge im Unterricht selbstbestimmt einzusetzen und den sachgerechten  
20 Umgang mit diesen zu vermitteln. Dies gilt insbesondere auch für Werkzeuge  
21 mit Künstlicher Intelligenz.
  - 22 6. Werkzeuge mit Künstlicher Intelligenz im Unterricht sind pädagogisch  
23 geeignet, gerecht und vorab ethisch geprüft. Sie fördern Kinder gezielt  
24 und unter Einbeziehung individueller Stärken und Schwächen in ihrer  
25 sprachlichen, fachlichen und sozialen Entwicklung. Sie entlasten  
26 Lehrkräfte, ohne diese in ihrer pädagogischen Verantwortung zu ersetzen.